

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnis, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Befehlsgebote des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.50 Mk., Post ohne Zustellung monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelzeile 20 Pfg., einfache 10 Pfg., Reklametext (Bsp.) 50 Pfg. Label, Satz 50% Aufschlag. Bei unbestimmter Laufzeit, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortlich: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 15

Donnerstag, den 2. Februar 1928

39. Jahrgang

Amthliches.

In der gestrigen 2. diesjährigen Sitzung der Stadtkommission ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Beschlüsse wurden 7 Vorgef. 2. Zur Errichtung eines Lehrstuhls für Laubstumm in Dresden wurde ein einmaliger Beitrag von 20 RM. bewilligt.
3. Der 22. Nachtrag zur Gemeindeverordnungs, der die Festsetzung der Gemeindefiskussteuer zur Grundsteuer und Gewerbesteuer behandelt, wurde in der vorliegenden Fassung angenommen.
4. Die Erinnerungen gegen den Entwurf der neuen Sparkassenordnung sollen beachtet werden.
5. Zu den Kosten eines Bezirksabrechnungsbuchs wurde ein Beitrag von 50 RM. bewilligt.
6. Das Gesuch um Aufnahme einer polnischen Familie in ein hiesiges landwirtschaftliches Grundstück lehnte man der Folgen wegen ab.
7. Zur Ergänzung des Fürsorgeausschusses wurde aus dem Kreise der Kriegsbekämpften Herr Heinrich Eibam und aus dem Kreise der Kleinrentner Herr Privatmann Moritz Schmidt gewählt.
8. Die U-besetzung verschiedener Kapitel der Ausgaben im Haushaltsplan 1927/28 wurde genehmigt.
9. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vom 27. Januar 1928 wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Kenntnisnahme von der Entlassung des Kreisverwaltungsamtes als Sprachstelle für die Bildung der Markanteile von Gemeinden wegen eines Fortschritts der Verwaltungsreformarbeiten, die Verankerung der elektrischen Leitungen der hiesigen Straßenbeleuchtung und die derartig übernommene Reinigung von Fußwegen gegen Halbspflicht, die Verwendung der ehemals jetzigen Feiler als Schrebergärten und die Behandlung verschiedener Steuerfragen.
10. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 30. Januar 1928 wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Kenntnisnahme von dem vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz aufgestellten Vorschlag zu einem Städtebauplan für Naunhof, die Anmeldung der im laufenden Jahre vorzunehmenden Straßen- und Wegebauarbeiten bei der Amtshauptmannschaft, die Herstellung des Anschlusses für elektrisches Licht im hiesigen Grundstück Lange Straße 56, die Genehmigung der vom Stadtbaumeister vorgeschlagenen Instandsetzungen an hiesigen Gebäuden und Straßen und die Kenntnisnahme vom Eingang der Baugenehmigung für das Reidenhaus.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.
Naunhof, am 1. Februar 1928. Der Stadtrat.

Freitag, den 3. ds. Mon., vorm. 11 Uhr sollen in Naunhof im Gasthaus „Gambinus“ 1 Colafisch in Ehrenholz, 1 Sofa, 2 Armlehnstühle und 1 Bank meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.
Grimma, am 2. Februar 1928. D. A. I, 3116/27

Freitag, den 3. Februar 1928, vorm. 10 Uhr soll im Restaurant „Gambinus“ in Naunhof 1 Waschkommode mit Spiegel öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Grimma, den 2. Februar 1928. R. V. 2624/27. Finanzamt.

Seid umschlungen, Millionen!

Es ist zum Tiefstnig geworden! Schon wieder ein Skandal, an dem leider auch hohe Beamte wieder nicht ganz unbeteiligt sind, dem Schuldigen Hintergrund und Unterstützung gewähren, ohne genauere Kenntnis seines geschäftlichen Gebahrens! Und durch einen pumpe Schwindel, indem er nur den Vornamen ändert, gelingt es dem vorbestraften Salomon Bergmann, dem Bankrotter, der außerdem auch noch ein paar mal den Offenbarungseid geleistet hat, sich auch der Polizei gegenüber in eine Larkappe zu hüllen. Auch jetzt wieder der typische Inflationsgewinnler, der bei der Stabilisierung unserer Währung zusammenbricht.

48 Prozent an Verzinsung für das zur Verfügung gestellte Kapital — das lockt. Das ließ jede Vorsicht außer acht. Und das lockte hohe wie niedrige zu einer Zeit, da man anderswo wohl nur den vierten Teil einer solchen Verzinsung erhielt. Niemand griff ein, weder die Gewerbebehörde noch die Industrie- und Handelskammern noch — leider — die Staatsanwaltschaft, obwohl entsprechende Anzeigen schon mehrfach eingetroffen waren. Ohne jede Überlegung erfolgten die Empfehlungen des Geschäftsführers durch hochstehende Beamte, die sich doch eigentlich hätten fragen müssen, daß bei solcher Verzinsung, ungerichtet noch die sonstigen Geschäftskosten, es nicht mit rechten Dingen, nicht recht zugehen könnte. Diesem Ranne wurde Geld im Betrage von Millionen zur Verfügung gestellt, während unzählige Kaufleute und Gewerbetreibende vergeblich nach ein paar tausend Mark Betriebskapital schrien, lohnende Aufträge zurückweisen mußten, weil ihnen kein Geld zur Verfügung gestellt wurde. Die Verpflichtungen einer fast fünfzigprozentigen Verzinsung wirkten geradezu verheerend auf den privaten Geldmarkt. Freilich, der reelle Handel und das Gewerbe hätten so selbstmörderische Zinsen niemals zahlen können; das ging nur, wenn eben Betrug im Spiel war.

Wieder hat es sich mit drastischer Deutlichkeit herausgestellt, welchen Wert blühende solche geschäftlichen Referenzen haben. Das Vernünftige ist in einer von ihnen gesagt: selbstverständlich wird die Firma Bergmann nur solche Männer für Referenzen namhaft machen, von denen sie beste Auskünfte erwarten darf. Und das waren eben hohe Beamte; das gerade verlich dem Schwindelunternehmen den Hintergrund, erweckte unbedingtes Vertrauen.

So ist ja in und nach der Inflationszeit nur allzuoft gearbeitet worden; sie empfahlen einander, die Konzernunternehmen, die Inflationsbanken — und der Geprüfte war jeder, der diesen Unternehmen dann daraufhin sein Geld anvertraute. Und jetzt sind sechs Millionen verlorengegangen; nun best man den Brunnen zu.

„Am Golde hängt, zum Golde drängt doch alles — ach, wir Armen!“ — Dieses Goethesche Wort illustriert vielleicht den übelsten inneren Überrest aus der Inflationszeit. Zuviel hatte man damals verloren und man ersehnte schnellsten Rückgewinn. Wer ihn versprechen konnte, vielmehr, wer ihn versprach, zu dem flogen sie hin wie die Ratten zum Licht. An der Börse mißlang solcher Rückgewinn allen jenen, die mit ihren Aktiengewinnen immer noch nicht zufrieden waren, ein noch weiteres Steigen der Kurse erwarteten. Da ging man dann zu — Bergmann, hoffte hier zu erreichen, was an der Börse verlagert blieb. Ob wirklich in jenem Lombardhaus die Baren vorhanden waren, die als Sicherheit, als Faustpfand angegeben waren — danach fragte man nicht. Man wollte ja nur die 48prozentige Verzinsung! Tene, die freiwillig oder unfreiwillig durch ihre Referenzen als Schleiher dienten, wurden ja auch prompt bezahlt. Und so weitete sich der Kreis, bis schließlich durch eine Unvorsichtigkeit des Betrügers die Katastrophe herbeigeführt wurde.

Nun beginnt das Aufräumen, ein nach jeder Richtung hin höchst unerfreuliches Aufräumen. Wenigstens hat man noch rechtzeitig zugreifen können, ehe die Betrüger über die Grenze entsamen. Immerhin noch ein Trost! Freilich für die Geprüften ein nur geringer.

Appell Dr. Stresemanns an Frankreich

Das beste Mittel der Verständigungspolitik. Deutscher Reichstag.

(378 Sitzung.) CB Berlin, 1. Februar.
Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes wurde fortgesetzt.
Abg. Stöcker (Komm.) erklärte, die Rede des Abg. von Freytag-Vorringhoven hätte bei den Deutschnationalen einen sichtlich unangenehmen Eindruck gemacht. Im Grunde seien ja die Deutschnationalen genau so vertriebt in die treudeutschen Augen des Außenministers wie die Sozialdemokraten (Weitererz.).
Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnete die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Filiale von Bismarck. Der Bundesrat des Auswärtigen Amtes müsse gestrichelt werden, und der Außenminister müsse über die bisherige Verwendung seines Mittel Rechenschaft ablegen. Die jetzige Außenpolitik sei ein niederträchtiger, infamer Betrug des Volkes. Der Redner erhielt dafür einen Ordnungsruf.
Abg. von Graefe (Völk.) erklärte, die jetzige Außenpolitik verurteile den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge werde das Volk ablenkt. Durch die Gründung von materiel orientierter Gruppen mit der jetzigen Handelsvertragspolitik werde die Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, dem Untergang preisgegeben. Die Deutschnationalen sollten endlich erkennen, daß sie mit ihrer Unterstützung der Stresemann-Politik einen solchen Weg gegangen seien. Sie sollten im vaterländischen Interesse die Koalition zusammenbrechen lassen und mit dem Volk gemeinsam den Kampf für die deutsche Freiheit führen.
Abg. Urbahn (Völk.) stimmte dem Vordredner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes beruhe.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

betonte, er könne nicht mit dem Abgeordneten von Lindner die Rede des Abgeordneten von Freytag-Vorringhoven als eine wertvolle Ergänzung der Ministerrede betrachten. Die Deutschnationalen hätten die Vorkonferenz nicht terminiert anerkannt. Ihr Vertreter Dr. Goethel habe auch in Genf loyal gearbeitet. Wenn der Abg. von Freytag-Vorringhoven eine Absicht von der deutsch-französischen Verständigungspolitik fordere, so liege darin ein Gegenstand zu der Haltung seiner Fraktion. Es trifft nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte. Herr von Freytag-Vorringhoven habe nicht den neuen Weg angedeutet, den Deutschland gehen müsse, um den Rechtsgedanken im Volke durchzusetzen, was immer das deutsche Volkereben gewesen sei. Deutschland hätte mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und damit den Beifall der kleineren Staaten erlangt. Deutschland wolle die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der Locarnovertrag habe die Freiheit des Zukunftschicks und viele andere Erleichterungen für Deutschland gebracht. Der Fortschritt könne natürlich nur schrittweise kommen.

Er habe darauf hingewiesen, daß es sich in Locarno nur um den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens gehandelt habe. Deutschland sei schon um seiner Selbsthaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Natürlich sei seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt, aber er betrachte es als seine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum könne er auch

an die französische Adresse die Mahnung richten: Nun tut das eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden könnte. Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailles Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen (Lachen). Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen (Sehr laut) Die

Bergmanns Vorleben.

Der Lombardskandal wächst noch immer.

Die Betrügereien des Berliner Lombardschwindlers Bergmann scheinen die größte Skandalaffäre der letzten Jahre zu sein. Tausende von Leuten haben dem Allgemeinen Lombardhaus Bergmanns, das erst 1926 gegründet wurde, ihre Ersparnisse zugeführt. Auf die Referenzen, die der Inhaber gab, haben sich fast alle seine Kunden verlassen, eigene Informationen bei den bekannten Auskunftsstellen holte Scheinbar niemand ein. Dort konnte man erfahren, daß Bergmann seit dem Jahre 1924

nicht weniger als sechsmal den Offenbarungseid geleistet hat. Im Jahre 1926 wurde Bergmann zu einer Gefängnisstrafe und Ehrverlust verurteilt. Die „Eubandgesellschaft“ teilt jetzt mit, daß sie schon vor geraumer Zeit Kenntnis von den Geschäften des Bergmann gehabt hatte. Die Gesellschaft hat, sobald sie die Gefährdung der Einlagen erkannte, diese von Bergmann zurückgezogen und ihre Auftraggeber damit vor jeglichem Verlust bewahrt. Sie hat den Referenzen, die sich um Auskunft an sie gewandt hatten, mitgeteilt, sie habe ihre Geschäftsverbindung mit Bergmann gelöst, und hat ihnen anheimgestellt, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Unter den Geschädigten soll sich auch Major a. D. Gerd von Hindenburg, der Sohn der Herrin auf Neudeck, die eine Schwägerin des Reichspräsidenten ist, befinden. Er soll dem Lombardhaus Bergmanns 50 000 Mark zur Verfügung gestellt haben, die jetzt verloren sind.

von französischer Seite gegen eine Rheinlandräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern. Ganz unverständlich sei die Erklärung, Deutschland müsse erst „eine Reparationsverpflichtung“ erfüllen. Die Rheinlandbesetzung solle doch auch nach dem Versailler Vertrag so lange dauern, bis die letzte Million bezahlt sei. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der Besetzung als einen Nachschub betrachte, so warte es nicht zu verstehen, daß es diesen Nachschub für irgendeine Gegenleistung aus der Hand geben wolle.

Er hoffe, daß die leitenden französischen Kreise zu der Einsicht kommen, daß sie mit schneller Räumung des Rheinlandes die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben werden. Es sei nicht zu verstehen, daß der Gedanke der Verständigung bei der Bildung der jetzigen Regierung wesentliche Fortschritte gemacht habe. Diese wachsende Verständigung werde nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung, die man im Reichstag erlebte.

Er hoffe, daß es gelingen werde, daß die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frankreich am Werke des Weltfriedens noch entgegenstünden (Beifall).

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Der gestrige Zwischenfall hätte wieder gezeigt, welches fälschliche Spiel die Deutschnationalen spielten. Die deutschnationalen Agitationstendenzen drängen liefern das Material, womit die französischen Reaktionäre und Militaristen die Ehrlichkeit der deutschen Verständigungspolitik vernichten. Wir wollen das parlamentarische System in Deutschland zu einem brauchbaren Instrument der Außenpolitik machen. Die Welt sei müde, auf dem Wege der Verhandlung mit dem Deutschen Volk voranzuschreiten. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Sie hängt sich auf die Regierung der Großen Koalition, die außenpolitisch schon vorhanden ist. Das sei der beste Beweis für die Notwendigkeit, schleunigst mit der jetzigen noch formelbestehenden Regierungskoalition Schluss zu machen. Das liege im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens unter den Völkern. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schnee (D. Sp.) kritisierte die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika. Diese Politik widerspreche den festgelegten Grundfragen des Völkerbundes für die Mandatsmächte.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärt hierzu, die deutsche Regierung werde sich gegen eine Verletzung der Mandatsgrundfrage wenden.

Damit schloß die Aussprache. Von den Kommunisten war ein Mißtrauensvotum gegen den Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller und die Völkischen abgelehnt wurde. Der Etat wurde nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschlußschließungen angenommen.

Ohne Aussprache wurde der Gesetzentwurf über die Einberufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag in erster und zweiter Beratung angenommen. Darauf vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

10000 Mann Besatzungstruppen weniger?

Angewählter Vorschlag Briands.

Die Rede des deutschen Reichsaussenministers Dr. Stresemann zum Etat des Auswärtigen Amtes, in der er nochmals mit besonderem Nachdruck die Räumung des Rheinlandes verlangte, hat besonders in Frankreich die größte Beachtung gefunden. Der französische Außenminister Briand wird selbstverständlich Gelegenheit nehmen, Dr. Stresemann zu antworten. Nach dem „Echo de Paris“ soll Briand die Absicht haben, Deutschland eine neue Verringerung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann anzubieten, wodurch die Truppenbestände auf 50 000 Mann herabgesetzt würden. Das Blatt glaubt, daß Stresemann unter Umständen auf diesen Vorschlag einzugehen werde, da er sich laßt, daß eine ständig geschwächte

... (t.) Hier
... Ehefrau das
... en. — In
... Zeit mit
... Zeit.
... aufbewahren!
... 1928.
... rungen
... er 2. Hälfte des
... ober 1927 ent-
... abkürzungszeit.
... eicherung der Be-
... Monat
... gentümern be-
... stände.
... fällige, die
... Einkünfte aus
... auf beziehen.
... gen und zu
... de von 1/2 des
... Zeit für das
... 1926/27 fest-
... g.
... ichten Steuer-
... betrag.
... 27.
... r 1. Hälfte des
... 1927 ent-
... abkürzungszeit.
... 1. Dezbr. 1927
... geword. Hier.
... Monat Noobr
... nenen Steuer-
... Monat Dezbr.
... ichtig gewor-
... g des raang.
... chabend im
... re, Naunhof.
... fleisch
... Markt 8
... Frau
... ge
... triebes
... ur eine
... iden.
... -G.,
... unhof.
... unsere
... e
... rchtlich
... itte, hat
... samen
... rvolles
... en!
... A.-G.,